

WiR - Haushaltsrede 2017

Wie hatte es sich WiR von Anfang an auf die Fahnen geschrieben - nachzulesen in den Grundsätzen auf unserer Website - ?:

„Kompetent und bürgernah eigene Konzepte für unsere Gemeinde entwickeln, konstruktive Kritik üben, dem Bürgermeister, der Verwaltung und der SPD-Mehrheit auf die Finger schauen und auch gelegentlich auf dieselben klopfen, sie aber auch unterstützen, wo sie richtig liegen, manchmal auch gern unbequem sein – so wird die Arbeit unserer Fraktion im Rat der Gemeinde und in den Ausschüssen aussehen.“

In diesem Geiste ist es heute, zu unserer durchaus freudigen Überraschung, eine angenehme Pflicht, zunächst einmal Lob zu verteilen. Das ist für eine Opposition, zumal wenn es um den Haushalt geht, durchaus eher ungewöhnlich. Dennoch: Was sein muss, muss sein.

Der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsentwurf 2017/2018 ist - zunächst unter Nichtansehen seines Inhalts - eine runde Sache. Er ist verständlich und gut dargestellt, umfassend, klar und transparent. Er ist in sich schlüssig, die Zusammenhänge sind deutlich und etwaige Wünsche, hier und da ins Detail zu gehen, werden anhand der angefügten Tabellenblätter hinreichend erfüllt. Kurzum: So muss ein Haushalt, soweit es die Darstellung betrifft, sein.

Der Verwaltung - und hier insbesondere unserem „neuen“ Kämmerer und seinem Team - drücken wir dafür unsere Anerkennung und unser Lob aus.

Darüberhinaus möchten wir uns bei Herrn Vogt für das sehr konstruktive Gespräch mit unserer Fraktion bedanken. Es war offen, sehr informativ, unsere Fragen wurden kompetent beantwortet. Informationen, die nicht sofort gegeben werden konnten, wurden zeitnah nachgeliefert. Auch dafür im nachhinein noch einmal unser Dank.

So, nun aber genug des Lobes! Wir wollen es auch nicht übertreiben!

Letztlich ist ja auch nicht alles Positive nur der guten Arbeit geschuldet. Er ist auch ein bißchen ein Glückspilz, unser Kämmerer: Gleich der erste von ihm zu verantwortende Haushalt ist - nach vielen Jahren, in denen es anders war - ein ausgeglichener. Und nicht nur das, er kann auch noch mit Überschüssen und steigenden Einnahmen aasen. Das ist in diesen Zeiten längst nicht jedem Kämmerer vergönnt. Aber natürlich gönnen wir's ihm, denn letztlich kommt es ja unseren Bürgerinnen und Bürgern zugute.

Wenden wir uns nun dem Inhalt des vorliegenden Haushaltsentwurfes zu.

Er ist zunächst geprägt durch die beiden großen Investitionsprojekte, die Erweiterung unserer Gesamtschule im Zuge der Inklusion und den Bau der neuen Grundschule Nord mit einfacher Sporthalle auf dem Nachbargrundstück der Gesamtschule.

Das wird teuer! Ein - immerhin wohl noch einstelliger - Millionenbetrag muss dafür auf den Tisch des Hauses gelegt werden. Aber das ist gut und richtig so. WiR hat den Projekten zugestimmt und steht dazu. Wenn es etwas gibt, was in Zeiten von LEP, überörtlichen Gewerbeflächenkonzepten usw. für ländliche Kommunen wie Rödinghausen überlebenswichtig ist, dann sind es Arbeitsplätze und eine möglichst gute Bildungslandschaft von der KiTa bis zum Abitur. Und die muss nicht nur am Leben erhalten werden, sie muss qualitativ so hochwertig wie eben möglich und damit konkurrenzfähig sein.

Nur so ist und bleibt unsere Gemeinde attraktiv für Zuzug, vorzugsweise von jungen Familien mit Kindern.

Dafür muss jedoch auch attraktiver, bezahlbarer Wohnraum angeboten werden können, und vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen heißt das vor allem, Ortskernverdichtung, Baulücken schließen und Leerstände beseitigen statt Ausweisung neuer Siedlungsgebiete auf der grünen Wiese.

Das sieht auch die ARGE Dorfentwicklung Jung Lüdeling & Partner GbR so, die aktuell im

Auftrag der Gemeinde die Dorffinnenentwicklungskonzepte des Büros Bültmann zwecks Anpassung an geänderte Förderrichtlinien überarbeitet hat.

Erstmals findet sich dort ein Baulücken- und Leerstandskataster. Demnach stehen in der Gemeinde insgesamt 34 Häuser leer, im Norden 26 (8 in Bieren, 7 in Rödinghausen und 11 in Schwenningdorf) und im Süden 8 (4 in Bruchmühlen, 2 in Ostkilver und 2 in Westkilver). Dazu kommen 133 zu erwartende Leerstände (im Norden 66 und im Süden 67). Dabei handelt es sich um Häuser, die nur von einer Person bewohnt werden.

Ausgehend von der Erkenntnis, dass - so das Konzept - (1) die natürlichen Ressourcen endlich sind und für künftige Generationen geschützt werden müssen, (2) es absehbar ist, dass immer weniger Menschen für den Erhalt der vorhandenen Infrastruktur sorgen müssen und (3) eine den städtischen Räumen gleichwertige Lebensqualität nicht mehr flächendeckend, sondern nur noch in Siedlungsschwerpunkten gewährleistet werden kann, muss laut Jung, Lüdeling & Partner „die Innenentwicklung, also der Umgang mit dem Siedlungsbestand, Leerständen und Baulücken deshalb an vorderer Stelle stehen.“ Und laut derselben Untersuchung „wird dies bereits von der Gemeinde vordringlich betrachtet.“

Diese Feststellung lässt uns ehrlich gesagt an der Seriosität der Untersuchung etwas zweifeln. Statt nur den Äußerungen der Verwaltung Glauben zu schenken, hätte sich ein Blick in den Haushaltsentwurf angeboten. Wie vordringlich die Gemeinde das vorgenannte Thema betreibt, ergibt sich nicht zuletzt aus der Summe, die sie im Haushalt für das Programm Jung kauft Alt auslobt: 1.000 € pro Haushaltsjahr! Schon die vormaligen 5.000 € waren weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein. Die jetzigen 1.000 € pro Jahr sind an Unangemessenheit nicht mehr zu überbieten!

Wir versuchen es ein weiteres Mal - und werden nicht nachlassen: Das gebetsmühlenartig wiederholte Argument, es gebe keine Leerstände, hat sich ja nun erledigt. Kommt das zweite: Die Förderung wird nicht nachgefragt. WiR fragt: Warum wohl? Vielleicht, weil sie unattraktiv ist? Und kann dann die Fünftelung eines ohnehin schon unattraktiven Programms dazu führen, dass es dadurch interessanter wird? Niemand wird das ernsthaft behaupten wollen. Faktisch handelt es sich um die Beerdigung der Förderung. So sieht es also aus, wenn die Gemeinde etwas „vordringlich betrachtet“?!

Dabei haben wir als Gemeinde nichts zu verlieren, sondern ausschließlich zu gewinnen. Setzen wir statt 1.000 € 100.000 € ein, sagen wir 10.000 € pro Förderung, und würde das Programm dann besser angenommen, dann wäre es in jedem Fall bestens angelegtes Geld. Würde es weiterhin nicht nachgefragt, weil es tatsächlich keinen Bedarf gäbe, dann hätten wir keinen Cent ausgegeben, völlig egal, ob wir 1.000 oder 100.000 € ausloben. WiR meint, das sei nicht so schwierig zu verstehen. 1.000 € im Jahr für das gesamte 'Förderprogramm' Jung kauft Alt sind völlig inakzeptabel. WiR lehnt das kategorisch ab und beantragt im Sinne der Untersuchung der ARGE Dorffentwicklung eine deutliche Aufstockung, zumindest auf 50.000 €. Die Finanzierung könnte aus den anderweitig verplanten Überschüssen sowie aus Einsparungen erfolgen, die sich aus dem Folgenden ergeben.

Ein weiterer, entscheidenderer Kritikpunkt ergibt sich für WiR in Zusammenhang mit dem Gesamtbereich Feuerwehr.

Bereits das Verfahren der 'Einbeziehung der Politik' in den Planungs- und Entscheidungsprozess ist bemerkenswert im Sinne von kritikwürdig. Da wird die Anschaffung eines neuen Fahrzeuges für 330.000 € im Haupt- und Finanzausschuss beschlossen, bevor der Brandschutzbedarfsplan (BSBP), der die Anschaffung beinhaltet, und der Haushalt, der sie haushaltsmäßig abdeckt, beschlossen sind. Da wird die Fortschreibung des BSBP nach jahrelangen Vorbereitungen in einer einzigen Sitzung des Feuerwehrausschusses vorgestellt, „beraten“ und beschlossen, und das ganze zwei Tage vor der Ratssitzung. Sowohl das umfangreiche Fahrzeugbeschaffungsprogramm (ca. 3 Mio € in den nächsten Jahren! Und da sind die Kosten für die Sanierungen/Erweiterungen der FWGH Rödinghausen und Schwenningdorf noch gar nicht mit drin, die im Haushalt für 2019 und 2021 mit jeweils 190.000 € vorgesehen sind. Und selbst das sind laut Bürgermeister nur „Statthalter“, werden also wohl erheblich höher ausfallen.) als auch die Standortfragen bzgl. der FWGH im Norden der Gemeinde werden den „Politikern“ im Feuerwehrausschuss, jedenfalls soweit es WiR betrifft, hier erstmals zur Kenntnis gegeben. Gleichzeitig soll sofort - in derselben Sitzung - darüber abgestimmt werden. Und heute, zwei

Tage später, sitzen wir hier zusammen, um das Ganze, sozusagen nachträglich, abzunicken.

Dass ein solches Verfahren, abgesehen davon, dass es nicht unerheblichen Rechtmäßigkeitsbedenken unterliegt, faktisch nur funktioniert, wenn das Ergebnis zukünftiger Abstimmungen wegen einer gesicherten absoluten Mehrheit bereits im vorhinein feststeht, bedarf keiner weiteren Erklärung.

Aber es ist nicht nur das. Es ist auch das demokratische Verständnis, das dahinter steht. Da bemüht man sich zunächst, die längst fällige Fortschreibung des BSBP in Eigenregie hinzubekommen. Als das nicht klappt, holt man sich externe Kompetenz in Form einer Tochtergesellschaft des Städte- und Gemeindebundes - die Interessenlage ist damit klar -, die die zwischen Wehrführung und Bürgermeister abgestimmte Wunschliste in einen fachlichen Mantel kleidet. Und das Ganze wird dann der 'Politik' zwei Minuten vor zwölf zum Abnicken präsentiert. Nachfragen unerwünscht.

Ein solches Verfahren ist für unser Verständnis mit einem starken demokratischen Defizit behaftet, um es zurückhaltend auszudrücken! Unserer Meinung nach sollte auch eine absolute Mehrheit zumindest die demokratische Form wahren - auch wenn's schwer fällt.

Wir haben uns bemüht, uns durch Informationen von neutraler Seite auch fachlich etwas kundig zu machen. Auf der Basis anonymisierter Daten den Ist- und Sollbestand unserer Feuerwehr betreffend haben wir von Fachleuten die übereinstimmende Auskunft bekommen, dass das geplante Fahrzeugbeschaffungsprogramm für eine Feuerwehr wie die unsere stark überdimensioniert ist, es sei denn - so überspitzen wir jetzt einmal - man wollte beim Korso den 1. Preis für die bestausgestattete Feuerwehr Deutschlands gewinnen.

Auch der Umstand, dass das erst 2009/2010 angeschaffte Wechselladerfahrzeug bereits jetzt aus technischen Gründen schon wieder ersetzt werden muss, scheint uns nicht für ein ausgereiftes Konzept zu sprechen.

Um das ganz klar zu machen: Eine schlagkräftige und angemessen ausgestattete Freiwillige Feuerwehr ist einer der unersetzlichen, wichtigen und notwendigen Faktoren für eine Gemeinde wie Rödinghausen. Selbstverständlich muss sie auch attraktiv ausgestaltet sein, nicht zuletzt um für junge Leute, für den Nachwuchs, interessant zu sein.

Aber es hat uns auch überrascht zu hören, dass die angeblich diskutierte Frage der Sinnhaftigkeit eines zentralen neuen FWGH im Norden - so wie es im Süden kommen wird - hauptsächlich daran scheitert, dass eine Zusammenlegung zweier Löschgruppen erfahrungsgemäß mit 50% Personalschwund einhergehen würde. Das bedeutet, eine komplette Löschgruppe würde dann wohl die Feuerwehr verlassen! Damit hätten wir ehrlich gesagt nicht gerechnet bei Ehrenämtlern, die mit Herz und Seele Feuerwehrleute sind.

Abschließend fassen wir zusammen:

- Wir haben unser Unbehagen über die geschilderte Verfahrensweise im Haupt- und Finanzausschuss vorgetragen und dort an der Abstimmung nicht teilgenommen.
- Dasselbe haben wir im Feuerwehrausschuss getan.
- Im vorgestrigen Feuerwehrausschuss haben wir die Gelegenheit wahrgenommen, einige Fragen zu stellen. Diese wurden für uns teils überzeugend, so etwa bzgl. des Hochwasserrisikos, teils nur halbwegs überzeugend, so etwa bzgl. der Standortfrage im Norden, und teils nicht wirklich überzeugend beantwortet.
- Soweit es uns in der Kürze der Zeit und infolge der unseres Erachtens mangelhaften Einbindung der Politik möglich war, uns zu informieren, erscheint uns das im BSBP und im Haushalt vorgesehene Fahrzeugbeschaffungsprogramm deutlich überdimensioniert.
- Auch die „Festschreibung“ der bestehenden Standorte im Norden überzeugt uns nicht.
- Aus diesen Gründen sowie aufgrund der oben geschilderten faktischen Beerdigung des Programms „Jung kauft Alt“ werden wir den vorgelegten Haushaltsentwurf ablehnen.